

Marie-Luise Conen Anforderungen an Elternerbeit in der Heimerziehung

I. Elternerbeit in der fachpolitischen Diskussion

In den letzten Jahren ist ein zunehmendes Interesse an Fragen der Eltern- und Familienarbeit in der Heimerziehung festzustellen. Dies äußert sich auch in einem Zuwachs an Veröffentlichungen zu diesem Thema. Jedoch wurde bereits auch in früheren Jahren (seit 1949) diese Thematik in der Fachdiskussion und in Veröffentlichungen erörtert. Zwischen den einzelnen „Epochen“ der Elternerbeit sind allerdings Unterschiede festzustellen. In den ersten Jahren nach dem II. Weltkrieg stand zunächst die alltägliche Versorgung von abdachlosen und oft elternlosen Kindern und Jugendlichen im Vordergrund, denen ein Ersatz der Familie (u. a. Gründung von Kinderdörfern) geboten werden sollte (vgl. *Mehring*, 1949, 1963; *AFET*, 1949; *Wollasch*, 1954; *Astfalk*, 1954; *Schmidle*, 1954; *Endres*, 1954; *Weiland*, 1961).

Insbesondere Ende der 60er (Heimkampagne) und zu Beginn der 70er Jahre entwickelte sich ein größer werdendes Interesse an anglo-amerikanischen Arbeitsplätzen wie z. B. der milieu-therapeutischen Arbeit von *Bettelheim*. In diesen Ansätzen wurde insbesondere die Beziehung und Rolle des Heimerziehers zu dem betreuten Kind betrachtet; entsprechende Umsetzungen konzeptioneller Überlegungen beinhalten auch eine starke Orientierung auf das Kind hin. Die Beziehung zu den Eltern sollte eher so gestaltet werden, daß diese den Erziehungsprozeß in dem Heim nicht stört (vgl. *Bettelheim*, 1970; *Mehring*, 1958; *Zobl*, 1964; *Kiehn*, 1966; *Liebtrau*, 1968; *Ludemann*, 1968; *Gollnick*, 1969; *Bäuerle/Markmann*, 1974).

In diesen Veröffentlichungen sind eher Appelle und Ansprüche vorzufinden, daß die Eltern in die Arbeit einbezogen werden sollten. Jedoch finden sich bis auf wenige Ausnahmen kaum Darstellungen der konkreten Arbeit mit den Eltern, die auch die Probleme, die sich für die Heimmitarbeiter, Jugendamt, Kinder und

Eltern daraus ergeben, benennen (vgl. *Schmid*, 1971; *Kiehn*, 1971; *Berger*, 1974; *Flosdorf*, 1975).

Eine umfangreichere Darstellung konkreter Erfahrungen in der Elternerbeit beginnt erst Ende der 70er Jahre, hier ist auch ein Wechsel zu beobachten, von den mehr anspruchsbasierenden Vorstellungen an eine Arbeit mit den Eltern (und dem starken Auseinanderklaffen mit der Praxis) formulierenden Aufsätzen hin zu Diskussionsbeiträgen (vgl. *Leube*, 1978), die zunehmend auch praktische Erfahrungen oder Probleme aufzeigen. Insbesondere werden nunmehr differenziertere Sichtweisen der Beziehungen zwischen untergebrachtem Kind und Eltern, Eltern und Heimmitarbeitern, Heim und Jugendämtern vorgenommen (vgl. *Büttner*, 1978; *Gräßlin*, 1978; *Heun*, 1980; *Lietz*, 1980; *Arendt/Bossmann*, 1981; *Christ/Krebs*, 1982; *Nagy*, 1983; *Buckert u. a.*, 1984). Ferner nimmt die Vielfalt an Methoden der Elternerbeit zu, die einige Heime aufgrund einer sich verändernden Haltung gegenüber den Eltern entwickelt haben (vgl. *Bayer*, 1983; *Bauers*, 1983; *Nagy*, 1983; *Reith*, 1985; *Buckert/Huber*, 1986; *Planungsgruppe Petra*, 1987; *Börsch/Conen*, 1987).

Während sich die ältere Diskussion vor allem auf die Anwendungsbereiche der Elternerbeit bezog, wie z. B. die Aufnahme des Kindes, der Kontakt während des Heimaufenthaltes und Entlassung aus dem Heim, bezieht sie sich erst in den letzten Jahren auf Versuche, eine systematische Elternerbeit als eigenständige Aufgabe der Heimerziehung zu betrachten.

2. Definition und Begriff von Elternerbeit

Im allgemeinen ist in den älteren Veröffentlichungen ein eher breit angelegtes Verständnis von Elternerbeit zu finden, das sowohl informelle, nicht geplante Kontakte umfaßt als auch nur bestimmte methodische Vorgehensweisen einschließt. Auch ist eine Vielfalt der Bezeichnungen vorzufinden, die reicht von der Familienbeziehungsarbeit über Zusammenarbeit mit den Eltern hin zu Elternkontaktpflege, Familienarbeit, Elternerbeit, Elternbildung, Elternerziehung u. a. m. Der Begriff Elternerbeit ist jedoch am meisten verbreitet.

In der Diskussion um die Definition des Begriffs „Elternerbeit“ sind allerdings zwei unterschiedliche Begriffsbestimmungen schwerpunktmäßig auszumachen:

a) „Im verwendeten Begriff der Elternerbeit werden alle Erzieheraktivitäten miteinbezogen, die sich auf den Kontakt mit Familienangehörigen

der betreuten Kinder beziehen. Dazu gehören alle Kontakte zu den Eltern, aber auch Gespräche mit den Kindern, die sich aus Elternkontakten ergeben“ (*Birtsch*, 1982, S. 8). b) „Unter Elternerbeit verstehen wir jeden vom Heim geplanten und durchgeführten Kontakt mit der Herkunftsfamilie des Kindes. Dieser Kontakt folgt dabei einer am Einzelfall orientierten Zielsetzung und ist von den informellen Kontakten zwischen Heim und Eltern (gelegentlich Besuche im Heim, Briefe, Telefonate) deutlich abzugrenzen“ (*Planungsgruppe Petra*, 1980, S. 23).

3. Notwendigkeit und Indikation von Elternerbeit

Probleme eines Kindes oder Jugendlichen sind im Zusammenhang mit seinem sozialen Umfeld zu sehen, wobei der Familie eine besondere Bedeutung zukommt. Wenn Kinder in einem Heim untergebracht werden, lebten sie i. d. R. vorher in einer Familie. Die Ursachen für Auffälligkeiten und Störungen sind im allgemeinen im Kontext der Herkunftsfamilie und der aktuellen Familiensituation zu verstehen (vgl. *Minuchin*, 1967 und 1983).

Die Familie bleibt auch während einer Heimunterbringung die relevante Bezugsgruppe für das untergebrachte Kind. Dies ist unabhängig davon, ob die Eltern der Heimunterbringung zugestimmt haben (Unterbringung nach § 5, 6 JWG) oder gegen den Widerstand der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder (z. B. richterlich angeordnete Fürsorgeerziehung).

Elternerbeit wurde und wird jedoch – insbesondere für Jugendliche – vernachlässigt, weil angenommen wird, daß durch die Heimunterbringung ein Trennstich zwischen betreutem Kind bzw. Jugendlichen und dessen Eltern gezogen wurde. Zunehmend wurde jedoch festgestellt, daß eine Vielzahl von Problemen mit den Betreuten aus einer nicht bearbeiteten Konkurrenzsituation zwischen Heimmitarbeitern und Eltern herrührte. Insbesondere in den Fällen, in denen die Heimunterbringung eines Kindes als Kontrolle und Kritik an ihrer Erziehungsfähigkeit verstanden wird, zeigen die Eltern Skepsis, Mißtrauen und ebenfalls Kontrolle gegenüber dem Heim (vgl. *Börsch/Conen*, 1987).

Der lange tradierte Anspruch der Heimerziehung, die Familie zu ersetzen, hat mit dazu beigetragen, daß Heimmitarbeiter in ihrer Arbeit mit dem Kind die starken und wichtigen Loyalitäten (vgl. *Boszormenyi-Nagy*, 1981) zu deren

Herkunftsfamilien nicht berücksichtigt haben. Dies geschah u. a. dadurch, daß die Einrichtungen eine Art Imitation eines familialen Zusammenlebens (das aufgrund der institutionellen Bedingungen, wie z. B. Schichtdienst, nicht gelingen konnte) schufen.

Elternkontakte werden im allgemeinen als eine eher schwierige und aufreibende Angelegenheit betrachtet (*Tegethoff*, 1987). Wenn Elternkontakte angestrebt wurden, so im allgemeinen um die störenden Einflüsse, die von den Eltern auf den Heimalltag ausgehen, zu kontrollieren und zu unterbinden (Abschirmungsstrategien) (vgl. *Planungsgruppe Petra*, 1987).

Mit zunehmender Bereitschaft, die Eltern nicht nur als Störvariable zu betrachten und nicht nur die belastenden Elemente der Elternkontakte zu sehen, verändert sich in einigen Heimen die Haltung gegenüber der Herkunftsfamilie der untergebrachten Kinder. Auch wird wachsend die Notwendigkeit für Elternerbeit nicht nur bei jüngeren Kindern, deren Rückführung ggf. angestrebt wird, sondern auch insbesondere für jugendliche gesehen, (vgl. *Reiff*, 1987) deren Verselbständigung Arbeitsauftrag des Heimes ist. Praktiker stellen nach der Heimentlassung Jugendliche oftmals fest, daß diese früher oder später wieder Kontakte zum Herkunftsmilieu aufnehmen, das sich jedoch in der Zwischenzeit nicht verändert hat, d. h., die alten Familienstrukturen, die mit zu den Problemen und Schwierigkeiten beigetragen haben, bestehen weiter. Zunehmende Unzufriedenheit darüber führt bei einigen Heimmitarbeitern dazu, die Eltern einzubeziehen, sei es nur in Gesprächen mit den Jugendlichen selbst (oftmals lehnen diese Kontakt zunächst zu den Eltern ab) oder auch mit den Eltern persönlich Gespräche zu führen und Rücksprache zu nehmen.

Einrichtungen, die auf eine systematische Elternerbeit Wert legen, gehen davon aus, daß Eltern erst über einen längeren Prozeß, beginnend mit der Aufnahme des Kindes, zu einer Elterntätigkeit motiviert werden können; diese Heime gehen von einer grundsätzlichen Achtung der elterlichen Verantwortung und deren Erziehungsauftrages aus. Sie gehen auch davon aus, daß sie – soweit ihnen und im Rahmen ihrer jeweiligen Bedingungen möglich – sowohl in lebenspraktischen Fragen den Eltern, als auch in der Aufarbeitung von Familienproblemen, Hilfestellung geben (vgl. *Conen*, 1988).

Ferner wird Elternerbeit auch dann als notwendig betrachtet, wenn eine Rückkehr in die Fa-

milie nicht möglich erscheint. „Sie hat dann die vorrangige Aufgabe, die emotionalen Verbindungen zu Familienangehörigen zu erhalten oder zu reaktivieren, für die Kinder die Umstände der Heimeinweisung verstehbar und akzeptierbar zu machen und ihnen den Verbleib zu erleichtern, in dem häufige Familienkontakte illusionäre Vorstellungen über ein Leben zu Hause vermeiden helfen.“ (Vgl. *Birtsch u. a.*, 1980, S. 314.)

Des weiteren üben die Jugendämter aufgrund der größer werdenden materiellen Einschränkungen im sozialen Bereich einen gewissen Druck auf die unterbringenden Abteilungen sowie auf die Einrichtungen der stationären Unterbringung aus, daß sich die Unterbringungszeiten reduzieren. Dabei werden schon seit längerem häufig die kostengünstigeren Pflegefamilien insbesondere für kleinere Kinder in Anspruch genommen. Doch sollen auch die Heime, nach einer längeren Phase der Binnenstrukturierung der Heime (ca. von 1977–1986) nunmehr auch innerhalb ihrer Einrichtung andere qualitativ bessere Angebote entwickeln, die eine Reduzierung der Aufenthaltsdauer mit sich bringen könnte, wie dies z. B. durch eine intensive Elternarbeit den Jugendämtern möglich scheint.

248

Zusammenfassend lassen sich drei Hauptindikationen für eine Elternarbeit feststellen:

1. Der familiäre Zusammenhang von Auffälligkeiten, Symptomen usw. des Kindes bzw. Jugendlichen erfordert eine genaue Kenntnis der Situation in der Herkunftsfamilie; diese kann nicht aus den Jugendamtsberichten alleine gewonnen werden, sondern die Heimmitarbeiter sollen sich einen eigenen, unmittelbaren Eindruck von der Familie verschaffen (vgl. *Planungsgruppe Petra*, 1987).
2. Die auch während einer Heimunterbringung bestehenden Kontakte sowie psychische Präsenz der Eltern bei ihrem Kind, kann für die Förderung des Entwicklungsprozesses des Kindes in der Arbeit mit Kind und Eltern genutzt werden (vgl. *Börsch/Conen*, 1987).
3. Der Anspruch auf Rückführung der Kinder in ihre Familien, sowie der Druck der Jugendämter auf kürzere Unterbringungszeiten, führt dazu, daß Heime nur noch selten als langfristig geplanter Lebensort verstanden werden, sondern eher als mittelfristige Maßnahme, durch die insbesondere kleinere Kinder entweder zurück in die Familie oder in Pflegefamilien geführt bzw. vermittelt werden. Bei Jugendlichen, die erst mit 14–16 Jahren aufgenommen werden (in Berlin beträgt der Anteil der 12–18jähri-

gen ca. ¼ der Unterbringungen), ergibt sich eh eine relativ kürzere Unterbringungszeit. Aufgrund dieser Entwicklung muß sich Heimerziehung verstärken um ein konzeptionelles und gezieltes Vorgehen im Bereich der Elternkontakte bemühen.

Prinzipiell kann jedoch nicht die Entscheidung lauten: Elternarbeit oder keine Elternarbeit. Vielmehr ist der Frage nachzugehen: Welche Elternarbeit ist mit dieser Familie und in dieser Einrichtung möglich?

4. Ziele der Elternarbeit

Im allgemeinen gibt es keine klare Zielsetzung der Elternarbeit. Heimmitarbeiter sind oft unsicher darin, „... ob sie die Eltern als Klienten betrachten sollen, sie einfach nur kennenlernen sollen oder mit den Eltern etwas zusammen tun sollen.“ (*Birtsch*, 1982, S. 8)

Häufigstes Ziel von Elternarbeit ist jedoch die Vorbereitung einer erfolgreichen Reintegration in die Familie, dies gilt i. d. R. besonders für jüngere Kinder.

Weitere Ziele sind:

- die Unterbringungszeit soll verkürzt werden
- die Beziehung zwischen allen Beteiligten soll verbessert werden
- die Beziehung zwischen Eltern und Kind soll geklärt werden
- die Beziehungsprobleme zwischen den Eltern sollen aufgearbeitet werden
- in Familienkrisen sollen die Eltern konkret unterstützt werden
- Besuche des Kindes bei den Eltern und der Eltern im Heim sollen vor- und nachbereitet werden
- die Eltern sollen akzeptieren, daß ihr Kind jetzt im Heim untergebracht ist
- der Kontakt zwischen Kind und Eltern soll verbessert werden
- Ursachen, die zur Heimunterbringung führten, sollen aufgearbeitet werden
- negative Entwicklungsbedingungen des Kindes sollen abgeschwächt werden
- Verhalten und Erziehungsstil der Eltern sollen verändert werden
- die Eltern sollen befähigt werden, die Elternrolle anzunehmen
- das Gefühl der Eltern, „versagt zu haben“, soll bearbeitet werden
- die Suche des Kindes/Jugendlichen nach nicht vertrauten Eltern soll unterstützt werden
- motivieren der Eltern zur Mitarbeit
- akzeptieren der Kompetenz der Mitarbeiter durch die Eltern

- Verzicht der Eltern bewirken, gegen das Heim zu arbeiten
- Vorbereitung auf eine Pflegefamilie.

Angesichts dieses möglichen Zielkatalogs entstehen bei Praktikern Gefühle von Überforderung und unzureichender Qualifikation für diese Art von Aufgaben. Die noch geringe Einbeziehung von wesentlichen Aspekten der Elternarbeit in Einrichtungen der Jugendhilfe durch Aus-, Fort- und Weiterbildungsinstitutionen wird zwar problematisiert (vgl. *Ehrhardt-Kramer*, 1987), doch stehen dem nur in einzelnen Regionen Fortbildungsangebote entgegen (vgl. *Senator für Jugend und Familie*, Berlin, 1988).

Diese Ziele verdeutlichen jedoch, daß es nicht darum geht, wie dies häufiger geschieht, daß Elternarbeit als eine zusätzliche Methode ins methodische Repertoire aufgenommen wird, sondern um eine veränderte Haltung gegenüber den Eltern (vgl. *Börsch/Conen*, 1987; *Conen*, 1988).

Traditionell orientiert sich Heimerziehung an den Bedürfnissen der betreuten Kinder, sie wird zuerst als eine Hilfe für Kinder und Jugendliche verstanden und definiert. Daher würde eine konsequente Weiterentwicklung von systematischen und strukturierten Elternarbeitskonzepten zu einem stark veränderten Selbstverständnis der Heimerziehung führen; sie wäre dann eher eine Form der Hilfe für die gesamte Familie, für die zeitlich begrenzt eine Entlastung in Form der Herausnahme des Kindes angeboten wird. Diesem veränderten Selbstverständnis wird nur in vereinzelten Projekten und Einrichtungen (vgl. u. a. *Brönneke*, 1987) Rechnung getragen, jedoch findet bei der Mehrzahl der Heime eine verstärkte Diskussion um eine andere Arbeit mit den Eltern statt, diese schlägt sich aber noch nicht in einer veränderten Praxis nieder (vgl. *Conen*, 1988).

5. Methoden der Elternarbeit

Angesichts der heterogenen Zusammensetzung der betreuten Kinder bzw. Jugendlichen und deren Herkunftsfamilien sowie der Komplexität von Aufgaben, Zielsetzungen und Problemen in der Elternarbeit, kann es nicht darum gehen, die Methode in der Elternarbeit zu entwickeln oder darzulegen.

Bei der Erstellung einer einrichtungsspezifischen Konzeption der Elternarbeit sind erfahrungsgemäß folgende Aspekte einzubeziehen:

- historische Entwicklung der Einrichtung

- Arbeitsauftrag des Heimes durch den Träger der Einrichtung, durch die einweisenden Jugendämter, durch andere Institutionen und durch die Eltern
- Qualifikation der Mitarbeiter
- finanzielle und rechtliche Situation
- Möglichkeiten der Koordination und Zusammenarbeit der Mitarbeiter untereinander.

Nur unter weitgehender Berücksichtigung dieser Aspekte ist es möglich, Elternarbeitsmodelle zu entwickeln, die nicht nur auf dem Papier stehen, sondern von allen Beteiligten getragen werden.

In der Vielzahl bestehender Methoden, die sowohl eigenständig entwickelte sozialpädagogische Methoden als auch Methoden aus der Eltern- und Erwachsenenbildung sowie aus dem therapeutischen Bereich sind, kann unterschieden werden zwischen:

- „Methoden, die den Kontakt zwischen Eltern und Heim herstellen oder aufrechterhalten sollen:
- Elternbriefe, -korrespondenz, Feste, Heimzeitung, Elterntage, Hausbesuche, informelle Gespräche
- Methoden, die die Eltern in das Heimleben einbeziehen sollen:
- Kursangebote im Heim, Besuchsmöglichkeiten, Feste, Teilnahme an Mahlzeiten und an Gruppenaktivitäten
- Methoden, die auf eine Verhaltensänderung bei den Eltern beziehungsweise auf eine Veränderung des Eltern-Kind-Verhältnisses zielen: Elterngruppenarbeit, Elterntraining, Eltern-Kind-Gruppe, Elternseminare, Elternfreizeiten, Selbsterfahrungsgruppen, Beratungsgespräche, Familientherapie.“ (*Reith*, 1985, S. 216)

In der Entwicklung eines möglichst breit differenzierten methodischen Angebotes sollten die spezifischen Bedürfnisse der Eltern, die meist aus sozio-ökonomischen unterprivilegierten Zusammenhängen kommen, berücksichtigt werden. Diese Eltern benötigen im allgemeinen eine auf konkretes Tun und nicht „nur-über-Probleme-Reden“ orientierte Unterstützung, d. h. Arbeitsansätze, die konkret die Probleme der Familie aufgreifen, die ein gewisses Maß an Strukturen anbieten sowie inhaltlich und zeitlich über- und durchschaubar sind (vgl. *Minuchin*, 1967).

Von daher kann es keine hierarchischen Abstufungen geben, die eine Methode als die ausschließlich richtige oder einzige herausstellen würde. Vielmehr geht es darum, daß jede Ein-

richtung die für sie mögliche Breite an differenzierten Angeboten entwickeln sollte.

6. Probleme und Hindernisse in der Elternarbeit

In der Diskussion über eine systematische und strukturierte Elternarbeit werden immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten thematisiert, denen Heimmittarbeiter gegenüberstehen, wenn sie mit den Eltern arbeiten bzw. arbeiten wollen:

„Insbesondere werden dabei folgende Bereiche hervorgehoben:

- die Eltern
- die Arbeitsbedingungen
- die institutionellen Bedingungen.

a) die Eltern

Ausgehend davon, daß jede Einrichtung ... in irgendeiner Form Kontakte zu den Eltern ... unterhält ..., haben Mitarbeiter in Heimen ... unterschiedlichste Erfahrungen im Umgang mit Eltern und Familienmitgliedern gemacht, wie z. B.:

- es bestehen häufig zu große räumliche Entfernungen zwischen dem Wohnort der Eltern und der Einrichtung
- die Eltern zeigen keine ausreichende Bereitschaft zur Mitarbeit
- die Eltern sind überdies mißtrauisch gegenüber den Mitarbeitern, empfinden diese als Konkurrenten und halten sich nicht an Vereinbarungen
- es wird berichtet, daß Eltern sich durch die Herausnahme eines Kindes schuldig fühlen und dann den Kontakt zum Kind bzw. Jugendlichen abbrechen; sie gar ihr Kind ablehnen, es los werden wollen, dies ihm aber nicht sagen
- manche Eltern schwanken zwischen Fürsorge und Desinteresse ihrem Kind gegenüber und besuchen es nur unregelmäßig
- andere wiederum halten den Kontakt zum Kind aufrecht
- und unterstützen das Heim in seiner Arbeit.“ (Conen, 1987, S. 28–29).

„b) die Arbeitsbedingungen

- die zeitlichen Anforderungen (Dienstpläne) lassen es nur in Ausnahmefällen zu, daß Mitarbeiter im Gruppendienst Elterngespräche führen können
- Doppeldienste, die Eltern- bzw. Familiengespräche innerhalb oder außerhalb der Einrichtung ermöglichen, sind nur in geringem Umfang oder gar nicht möglich
- eine unzureichende personelle Ausstattung

Soziale Arbeit 7/90

der Einrichtung erschwert es, zeitlich und inhaltlich eine qualifizierte familienorientierte Arbeit zu leisten

- die Mitarbeiter sind nicht ausreichend für die Familien bzw. Elternarbeit qualifiziert.

c) die institutionellen Bedingungen

- es werden zahlreiche bürokratische Hemmnisse genannt wie, daß Gutachten oder Berichte nicht vorliegen oder umfangreiche Berichte oder Anträge geschrieben werden müssen,
- ferner sind oder werden Zuständigkeiten einzelner Institutionen oder Ämter nicht geklärt
- Finanzierungsfragen (wer zahlt welche Aufwendungen?) sowie juristische Probleme ... stehen im Wege
- Träger oder einweisende Behörden unterstützen nicht die Familienorientierung einer Einrichtung, ggf. wird die Arbeit durch die Nichtklärung von Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen ... behindert.“ (Conen, 1987, S. 29–30).

Die *Planungsgruppe Petra* (1987) weist darauf hin, daß „eine vom Heim durchgeführte Elternarbeit sich prinzipiell in die Aufgabedomäne des Jugendamtes begibt. Da die Elternarbeit primär keine genuine Aufgabe der Heimerziehung darstellt und als solche rechtlich nicht kodifiziert ist, sind möglicherweise Interessen- und Rollenkollisionen mit dem Jugendamt denkbar und zu erwarten.“ (S. 425). In diesem Zusammenhang ist daher darauf hinzuweisen, daß bei Aufnahme eines Kindes die Einrichtung, die eine systematische Elternarbeit anstrebt, sich über detaillierte Absprachen mit dem einweisenden Jugendamt absichert (vgl. Conen, 1988).

Als Folge von zunehmender Elternarbeit entstehen auch Probleme, so ist im allgemeinen ein höherer Aufwand an Planung, Absprachen und Koordination zwischen den Mitarbeitern und ggf. auch anderen Institutionen notwendig. Ferner werden dadurch personelle und materielle Ressourcen (z. B. Kosten für Fahrten) an diese Arbeit gebunden. Außerdem können sich die Probleme sowohl mit den Eltern als auch Kindern aufgrund der Einbeziehung der Herkunftsfamilie verstärken.

Doch was haben die Mitarbeiter von einer Arbeit mit den Eltern bzw. der Familie? „Für die Mitarbeiter ist es möglich, über die Elternkontakte (langfristige) Veränderungen beim Kind bzw. Jugendlichen herbeizuführen. Die Arbeit im Heim wird durch die Elternarbeit aufgewertet und führt zu einem erhöhten Selbstwertge-

fühl der Mitarbeiter. Das größte Verständnis für andere Verhaltensweisen und Normen wirkt sich positiv auf die Arbeit mit Eltern, Kindern und Kollegen aus. Die Probleme und Schwierigkeiten des Kindes/Jugendlichen sind besser nachvollziehbar. Durch den Elternkontakt ist es leichter, auch an die Jugendlichen heranzukommen. Auseinandersetzungen werden mit den Eltern direkt geführt, so daß die Mitarbeiter nicht mehr Spielball in den Konflikten zwischen Jugendlichen und Eltern zu werden brauchen.“ (Conen, 1987, S. 30–31). Ferner können durch häufigere Wochenendaufgaben der Kinder nach Hause im allgemeinen angenehmere Dienstplangestaltungen vorgenommen werden.

Das Vordringen einer systemischen Sichtweise auch in die Heimerziehung hat sicherlich in einer Reihe von Einrichtungen zu einer Überprüfung bisher akzeptierter Grenzen und zur Entwicklung weiterer Möglichkeiten und Erleichterungen, mit den Eltern bzw. Familien der Heimkinder systematisch zu arbeiten, geführt. Ob jedoch die Einbeziehung familiendynamischer Sichtweisen und auch familientherapeutischer Methoden nur zu einer erneuten „Methodenerweiterung“ führt oder die Mitarbeiter eine entsprechende Haltung gegenüber den betreuten Kindern und ihren Familien entwickeln, wird das nächste Jahrzehnt zeigen.

Literatur

- AFET: Zusammenarbeit zwischen den Erziehungsberatungsstellen und den Jugendämtern. In: AFET-Mitglieder-Rundbrief, 1953/54, 1, S. 3–6
- Arendt, G., Bosselmann, R.: Familientherapie im Heim. Unsere Jugend, 1981, 5, S. 208–216
- Astflack, E.: Die Aufgabe des Heimes im Zusammenwirken mit der Familie. In: Neues Beginnen, 1954, 12, S. 198–200
- Bäuerle, W., Markmann, J. (Hrsg.): Reform der Heimerziehung, Weinheim/Basel, 1974
- Bauers, W.: Familientherapie bei stationärer Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen. In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 1983 (32), 6, S. 224–233
- Bayer, R.: Fünf Jahre Familientherapie im Heim. In: Sozialpädagogik, 1983, 5, S. 222–226
- Berger, W.P.: Die Einbeziehung der Eltern in die stationäre Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen. In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, 1983 (32), 6, S. 224–233
- Bettelheim, B.: Liebe allein genügt nicht. Stuttgart, 1970
- Birtsch, V., Eberstaller, M., Halbleib, E.: Außenwohngruppen – Heimerziehung außerhalb des Heimes. Frankfurt: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 1980
- Birtsch, V.: Grenzen und Perspektiven von Elternarbeit in der Heimerziehung. In: Materialien zur Heimerziehung, 1982, 2, S. 8–9
- Börsch, B., Conen, M.-L.: Arbeit mit Familien von Heimkindern. Dortmund, 1987
- Buckert, F., Huber, A.: Eltern als Partner in der Heimerziehung. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 1986, 9, S. 210–211

Soziale Arbeit 7/90

- Buckert, F., Huber, A., Kammerer, H.: Heimerziehung und familienergänzende Lebensgemeinschaften. In: Sozialpädagogik, 1984, 4, S. 188–194
- Büttner, P.: Elternarbeit in der Heimerziehung. In: E.-B.-Kurier, 1978, 8, S. 12–18
- Christ, H., Krebs, E.: Zur familiendynamisch-systemischen Perspektive im psycho-sozialen Versorgungsbereich. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 1982, 3, S. 98–104
- Conen, M.-L.: Heimmittarbeiter – Elternarbeit – Hindernisse. In: Börsch, B., Conen, M.-L.: Arbeit mit Familien von Heimkindern. Dortmund, 1987, S. 24–39
- Conen, M.-L.: Arbeit mit Familien von Heimkindern, IGfH-Fachtagung 1988 in Schwerte. In: Jugendhilfe-Informationen 1988, 7–8, S. 4–5
- Endres, N.: Das Kind im Heim und seine Familie. In: Pädagogischer Rundbrief, 1955, 4, S. 1–6
- Flosdorf, P.: Heimerziehung und Elternarbeit. In: Pädagogischer Rundbrief, 1975, 1, S. 1–9
- Flosdorf, P. u.a.: Mit den Eltern erziehen – auch im Heim. Ziele und methodische Konzepte für die Arbeit mit Eltern. In: Schmidle, P., Junge, H.: Kinder im Heim – Kinder ohne Zukunft. Freiburg, 1980, S. 60–94
- Gollnick, H.: Partnerschaft als Grundlage zeitgerechter öffentlicher Erziehung. In: Unsere Jugend, 1969, 4, S. 145–154
- Gräßlin, H. M.: Elternarbeit im Heim. In: Unsere Jugend, 1978, 4, S. 177–178
- Heun, H.-D.: Elternarbeit im Heim, Darmstadt, 1980
- Heun, H.-D.: Elternarbeit in Kinder- und Jugendheimen. In: Unsere Jugend, 1981, 3, S. 100–107
- Kiehn, E.: Vorbereitung der Entlassung und Zeitpunkt der Entlassung vom Heim aus gesehen. In: AFET, Sicherung des Erziehungserfolges nach Beendigung der Heimerziehung. Bericht über die Tagung der AFET in Saarbrücken vom 11.–15. 3. 1966. Hannover, 1966, S. 31–50
- Kiehn, E.: Das sozialpädagogische Zentrum zur Durchführung öffentlicher Jugendhilfe. In: Jugendwohlfahrt, 1971, 6, S. 235–241
- Liebetrau, G.: Eltern und Heimerziehung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 1968, 1, S. 19–22
- Lietz, R.: Die Wirklichkeit der Elternarbeit. In: Heun, H.-D.: Elternarbeit im Heim. Darmstadt, 1980, S. 43–55
- Ludemann, P.: Die Zusammenarbeit mit den Eltern in der Jugendhilfe. In: Jugendwohlfahrt, 1968, 11, S. 397–402 und 12, S. 428–433
- Mehring, A.: Reform der Anstalt. In: Unsere Jugend, 1949, 1, S. 12–20
- Mehring, A.: Die Eltern brauchen Hilfe. In: Unsere Jugend, 1958, 6, S. 241–242
- Mehring, A.: Das Heimkind und seine Angehörigen. In: Unsere Jugend, 1963, 4, S. 153–164
- Minuchin, S. et al.: Families of the Slums. An Exploration of their Structure and Treatment. New York, 1967
- Minuchin, S., Fishman, Ch.: Praxis der strukturellen Familientherapie. Freiburg, 1983
- Nagy, M.: Theorie und Praxis der Eltern-Erziehung im Kinderheim. Braunschweig, 1983
- Planungsgruppe Petra (Hrsg.): Studien zur Heimerziehung. Frankfurt, IGfH, 1980
- Planungsgruppe Petra (Hrsg.): Studien zur Heimerziehung. Frankfurt, IGfH, 1980
- Planungsgruppe Petra (Hrsg.): Analyse von Leistungsfeldern der Heimerziehung. Frankfurt usw., 1987
- Reiff, F.: Elternarbeit in Heilpädagogischen Heimen zwischen Vernetzung und Familienbindung. In: Jugendwohlfahrt, 1987, 5, S. 225–232
- Reith, P.: Elternarbeit in der Heimerziehung. In: Sozialpädagogik, 1985, 5, S. 214–219
- Schmid, U.: Heim und Eltern als Partner. In: Unsere Jugend, 1971, 5, S. 195–201
- Schmidle, P.: Wie läßt sich praktisch das Zusammenwirken von Familie und Staat in der Erziehungshilfe durchführen? In: Jugendwohlfahrt, 1954, 12, S. 438–441

Senator für Jugend und Familie, Berlin: Sozialpädagogische Fortbildung, 1988, 1989
Tegethoff, H. G.: Familie und Jugendwohngemeinschaft. Zum Einfluß von Familienerwartungen und Familienerfahrungen auf die Arbeit in Jugendwohngemeinschaften. In: Merchel, J.: *Kleineinrichtungen in der Heimerziehung*. Frankfurt, IGfH, 1987, S. 55–74
Weiland, W.: Zusammenarbeit zwischen Erziehungsheim und Elternhaus. In: *Soziale Arbeit*, 1961, 5, S. 218–222
Wollasch, H.: Verantwortung und Zusammenwirken von Elternhaus, Behörden und Heimen. In: AFET: *Wie läßt sich praktisch das Zusammenwirken von Familie und Staat in der Erziehungshilfe durchführen?* Bericht über die Tagung der AFET in Bielefeld vom 13.–15. 10. 1954. Hannover, 1954
Zobi, O.: Die Mitwirkung der Eltern in der Heimerziehung. In: *Jugendwohl*, 1964, 3, S. 113–116

Johannes Jäger

Sozialarbeit und Skinheads

Zur politischen Kultur von gesellschaftlichen Problemgruppen

Alltagskultur, politische Kultur und Sozialarbeit

Mit der Methode Streetwork will die Sozialarbeit die Randgruppen der Gesellschaft erreichen und unter Berücksichtigung ihrer Alltagskultur die demokratische Entwicklung ihrer politischen Kultur einleiten und fördern. Demnach ist zunächst die Frage zu klären, in welche Formen der Alltagskultur die Handlungsstrategien von jugendlichen Gruppen eingebettet sind, die in der Deklassierung leben oder sich aus irgendwelchen anderen Gründen von dem sogenannten normalen Teil der Gesellschaft absondert haben. Es ist die Frage nach deren Sprache, Musik, Zeichen, Kleidung, nach deren Umgangsformen untereinander, nach deren vorherrschenden Einstellungen und Glaubenshaltungen in bezug auf die politische Ordnung und die Frage nach dem Grund ihrer „kulturellen Selbststigmatisierung“ (vgl. *Zinnecker*, 1981, S. 62; *Sontheimer*, 1980, S. 77).

Mit dem Begriff Alltagskultur wird gewöhnlich die Summe aller Bestrebungen einer menschlichen Gemeinschaft bezeichnet, wie sie ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Schutz, Fürsorge und Zusammenhalt zu befriedigen und auszugleichen sucht. Dabei sind ihre emotionalen Orientierungen, ihre religiösen und sittlichen Werthaltungen, ihre Umgangsformen und ihre Wissensselemente innerhalb ihrer natürlichen Umwelt in die Betrachtung miteinzubeziehen. Die Techniken zur Art und Weise der Lebensbewältigung sind eng mit dem wirtschaftlichen und politischen System und mit den gesellschaftlichen Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen verknüpft, die sich als das Ergebnis eines historischen Prozesses darstellen.

Der Begriff „Politische Kultur“ bezieht sich auf die >subjektive Dimension< von Politik, „auf das sozial-psychische >Ambiente< des jeweiligen Herrschaftssystems, konkret: auf das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, ihrem tra-

ditionellen wie aktuellen politischen Bewußtsein und ihre politische Beteiligung.“ *Peter Reichel* bezeichnet als politische Kultur „die für eine Gesellschaft insgesamt und/oder gesellschaftliche Großgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster“ (*Reichel*, 1984, S. 9; vgl. dazu *Berg-Schlösser*, 1983, S. 385).

Diese Definition beinhaltet die Fragen

- nach der Art und Weise, wie die Politik innerhalb einer Rahmenordnung durchgesetzt wird,
- inwieweit die Mitglieder eines politischen Systems bereit sind, sich mit ihm zu identifizieren,
- welche ökonomischen, psychosozialen oder religiösen Normen vorherrschen, durch welche die politischen Einstellungen geprägt werden und
- welche für das bestehende System wichtige Persönlichkeitsstrukturen in einer Gesellschaft vorherrschen (vgl. *Böhret*, S. 84; *Sontheimer*, S. 77–78).

Die Sozialarbeit verfolgt als Teil der Sozialpolitik im Sinne des Sozialstaatsprinzips der Art. 20 und 28 GG die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und der Humanität. In dem Zusammenhang mit Alltagskultur und politischer Kultur ist es zunächst von untergeordneter Bedeutung, ob die Sozialarbeit diese Funktion „für die Sicherstellung einer ungestörten kapitalistischen Produktionsweise und die Erhaltung eines Reservoirs an ausnutzbarer Arbeitskraft“ übernommen hat (*Zimmer*, 1981, S. 15f.) oder ob sie wie alle anderen sozialen Hilfen lediglich dazu beitragen soll, daß die Menschen so optimal wie möglich sozial funktionieren. Vorrangig ist die Frage, wie die Sozialarbeit neue soziale Entwicklungen erkennen und möglichst schnell mit adäquaten Angeboten auf die neuen Alltagskulturen und die politische Kultur bestimmter Gruppen reagieren kann.

Partizipation als Grundelement einer „Politisch-demokratischen Kultur“

In der Diskussion um den Begriff „Politische Kultur“ entschied sich *Peter Reichel* ausdrücklich „für Partizipation als normativem Bezugspunkt für den politischen Kulturansatz“ (*Reichel*, 1980, S. 393; *Reichel*, 1981, S. 49). Damit beabsichtigte er, dem empirischen, letztlich auf „Herrschaftsstabilität“ ausgerichteten politischen Kulturbegriff „eine explizit und uneingeschränkt demokratische Wertprämisse entgegenzustellen“ (*Reichel*, 1980, S. 393). Dieses auf

Partizipation bezogene politische Kulturkonzept mag unter wissenschaftstheoretischen und methodologischen Aspekten den meisten Vertretern dieser Fachdisziplin als zu eng erscheinen. Jedoch bringt dieser Ansatz für die Sozialarbeit den großen Vorteil, daß die benachteiligten sozialen Gruppen auf ihrer Bewußtseins- und Verhaltensebene erfaßt werden. Ein partizipationstheoretisches Konzept beurteilt die Demokratisierung als vorrangige Wertorientierung und begreift die Individuen als Bürger, die entsprechend ihren Interessen und Handlungen die „Prinzipien der politischen Selbstbestimmung (als Vermeidung von Entfremdung und im Gegensatz zu Fremdbestimmung) und als Selbständigkeit (im Gegensatz zu Versorgung und Apathie)“ (*Reichel*, 1981, S. 49) erlernen und einüben sollen. Dies können sie auch, wenn entsprechende politische und soziale Voraussetzungen gegeben wären.

Unter Zugrundelegung dieses Konzepts stellte *Reichel* die Behauptung auf, daß der Begriff politisch-demokratische Kultur für etwas steht, was in Deutschland fehle oder nur mangelhaft vorhanden und unzureichend entwickelt sei. Zur Verifizierung seiner These führte er die hysterischen Reaktionen auf den Terrorismus, beim Radikalenerlaß und in der Parteispendenaffäre als Beispiele an (vgl. *Reichel*, 1980, S. 383). Dem lassen sich die Abwehrreaktionen der Bevölkerung auf die kuttentragenden Heavy-Gruppen, Skinheads und Punker ebenso als weitere Beweise für die Intoleranz und die Defizite an einer politisch-demokratischen Kultur in Deutschland hinzufügen wie die Angst vor einer Überfremdung durch Ausländer (vgl. die Polenfeindlichkeit in der DDR) und die weit verbreitete Ablehnung von Minderheiten. Der Mangel an einer politisch-demokratischen Kultur betrifft in Deutschland alle Bevölkerungsteile, d. h., die sogenannten normalen Schichten ebenso wie die Randgruppen.

Die deutsche politische Kultur ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung, innerhalb derer sich in den wechselnden politischen Systemen die konservativ-autoritäre Tradition stets durchsetzte. Im königlichen Preußen, im Wilhelminischen Kaiserreich, in der ungeliebten Weimarer Republik und in der national-sozialistischen Diktatur siegte in jedem Fall das Prinzip von Befehl und Gehorsam, so daß eine typisch deutsche Untertanenmentalität entstand. Weil es keine Staatsidee gab, wurden zur künstlichen Erzeugung einer Identifikationsmöglichkeit innere und äußere Feindbilder geschaffen, die eine „negative Integration“ in Form einer